Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstelle, nehmen zu jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise laut ausliegendem Tarif Nr. 4. — Nachweisungs-Gebühr: 20 Rpfg. — Vorgeschriebener Erscheinungstag und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. — Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 206

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 99 — 94. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Montag, den 29. April 1935

Überall voran!

1 Milliarde mehr Steueraufkommen als veranschlagt — Arbeitslosigkeit der Angestellten um 51 v. H. abgenommen — Systematische Durchforschung des deutschen Bodens nach Erdöl.

Was vor zwei Jahren noch als Unmöglichkeit erschien, ist heute wieder Wirklichkeit: das Reichshaushaltsjahr 1934/35, das am 1. April zu Ende war, schließt mit einem Überschuß von einer Milliarde ab. Um eine Milliarde übertrafen die Steuereingänge die Steuervoranschläge. Ein Erfolg, der um so höher zu bewerten ist, als in den letzten Jahren der Systemzeit der Fehlbetrag im Haushalt des Reiches und der Länder nicht nur an der Tagesordnung war, sondern sich von Jahr zu Jahr steigerte. Das ist, wie so vieles andere, seit den Tagen des nationalsozialistischen Umschwungs gründlich anders geworden. Schon 1933, im ersten Jahre seiner Herrschaft, konnte der Nationalsozialismus den Reichshaushalt mit einem kleinen Überschuß abschließen. Wenn dieser Betrag nicht in Erscheinung trat, deshalb, weil damals zuerst die Kredite zu einem bestimmten Teil abgedeckt wurden, die für die Ingangsetzung der Arbeitsbeschaffung aufgenommen worden waren. Wie anhaltend die wirtschaftliche Besserung war, zeigt ein Vergleich mit den vergangenen letzten Krisenjahren. In den elf Monaten des Rechnungsjahres 1934/35, d. h. bis Ende Februar 1935, hat sich das Steueraufkommen um fast 25 Prozent gegenüber 1932 gebessert. In den beiden letzten Monaten allein ist sogar eine Einnahmesteigerung um 33 Prozent festzustellen. In dieser Entwicklung liegt ohne Frage die beste Gewähr für einen auch weiter anhaltenden, ununterbrochenen Aufstieg. Die finanzielle Katastrophe, die wir in den letzten Jahren der Systemzeit durchmachten, wird in ihrem Ausmaß erst völlig klar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß damals dem deutschen Volk in kurzen drei Jahren allein 3,5 bis 4 Milliarden neue Lasten auferlegt wurden, ohne daß auch nur annähernd ein Ausgleich des Reichshaushalts erreicht worden war. Die nationalsozialistische Regierung dagegen kehrte sich sofort von der erfolglosen Methode ständiger Steuererhöhungen ab und faßte die Ursache des finanziellen Verfalls unserer öffentlichen Körperschaften an der Wurzel an. Trat durch umfangreiche Arbeitsbeschaffungsmethoden und Steuererleichterungen dem weiteren Verfall der Wirtschaft entgegen. Der Erfolg dieser Politik tritt deutlich in dem Überschuß von einer Milliarde in Erscheinung.

Eine der hervorragendsten Leistungen des neuen Deutschlands ist die Beseitigung des Massenelends am Arbeitsmarkt. 3,6 Millionen Arbeiter sind in den ersten beiden Jahren des deutschen Vierjahresplanes wieder in Lohn und Brot gebracht worden. Eine gewaltige Leistung, die in der ganzen Welt ihresgleichen sucht. Genauere Einzeluntersuchungen zeigen deutlich, wieviel Not und Elend aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen in den letzten beiden Jahren gebannt worden sind. Nehmen wir die Angestellten. Nach dem Stand vom 1. März 1935 sind nur noch 287 000 Angestellte ohne Beschäftigung, während vor zwei Jahren noch rund 585 000 Angestellte zur Untätigkeit verurteilt waren. Schon jetzt sind im Gesamtdurchschnitt 72,3 Prozent aller verfügbaren Angestelltenplätze in den Betrieben wieder besetzt. Im Frühjahr 1933 waren es nur 58 Prozent. Mindestens ebenso erfreulich ist die Tatsache, daß sich der Beschäftigungsgrad in den einzelnen Zweigen der Wirtschaft jetzt mehr und mehr dem Durchschnittlichen angleicht, während damals bei der Machtübernahme außerordentlich scharfe Unterschiede in den einzelnen Wirtschaftszweigen zu beobachten waren. Während beispielsweise in der Bauwirtschaft fast zwei Drittel aller Angestelltenplätze unbesetzt waren, waren in der Nahrungsmittelindustrie durchschnittlich 75 Prozent aller Angestelltenplätze besetzt. Die heutigen Beschäftigungszahlen zeigen, daß die bei der Machtübernahme am schlechtesten beschäftigten Industrien seitdem am stärksten aufgeholt haben. In Wirklichkeit ist das Bild sogar noch günstiger, denn die verfügbaren Arbeitskräfte in Deutschland reichen zur Zeit überhaupt nur aus, um etwa 92 Prozent der Arbeitsplätze zu besetzen. Schon wenn 91,8 Prozent der Arbeitsplätze besetzt sind, gibt es keinen arbeitslosen Angestellten in Deutschland mehr. Wir dürfen hoffen, daß dieses Ziel in nicht allzu ferner Zeit erreicht sein wird.

In diesen Tagen begann, gestützt auf das Reichsgesetz vom 5. Dezember 1934, im ganzen Reich die systematische Suche nach Erdöl. In Anbetracht der Bedeutung, die dem Erdöl heute im Zusammenhang mit der starken Motorisierung in aller Welt zukommt, und in Anbetracht unserer großen Devisenknappheit, die eine Einfuhrbeschränkung, soweit sie nicht durch zunehmende Ausfuhr ausgeglichen wird, notwendig macht, soll der deutsche Boden allenthalben nach seiner Fündigkeit für Erdöl abgesucht werden. Dank der finanziellen Unterstützung der Reichsregierung war es bereits im letzten Jahr möglich, die deutsche Erdölausbeute von 240 000 Tonnen auf 320 000 Tonnen zu steigern. Wenn man in Betracht zieht, daß in den ersten Jahren nach dem Weltkrieg die deutsche Erdölgewinnung durch den Verlust des elsässischen Ölreviers Pechelbronn nur 60 000 Tonnen jährlich zu erreichen vermochte, dann ist das Gewinnungsergebnis von 1935 besonders erfreulich. Auch im laufenden Jahr werden wieder Reichszuschüsse für neue Bohrungen ausgegeben. Das neue Bohrprogramm hat einmal den Zweck, die Erzeugung zu verstärken, und zum anderen, die vermutlich erdölhaltigen Gebiete des Reiches von Grund auf zu durchforschen. Nicht zuletzt, um allen Spekulationslustigen von vornherein das Handwerk zu legen und einmal einwandfrei festzustellen, ob die vielerorts an die deutsche Erdölgewinnung geknüpften Erwartungen zu Recht bestehen. Bisher haben die Reichsbohrungen an drei Stellen neue Ölgebiete erschlossen. Nämlich bei Bruchsal in Baden, wo gegenwärtig das bei weitem beste deutsche Öl gewonnen wird, in der Nähe von Braunschweig und in der Nähe von Halberstadt. Das Badener Öl ist besonders leicht und in seiner Art dem von Pechelbronn sehr ähnlich. Größere Bedeutung schreibt man auch den Bohrungen in Thüringen zu. Das bedeutendste und ertragreichste deutsche Erdölgebiet ist gegenwärtig das von Nienhagen i. Hann., wo drei Viertel des deutschen Erdöles gewonnen werden. Im ganzen freilich ist die deutsche Erdölausbeute recht gering. Deutschland kann zur Zeit nur 11 Prozent des deutschen Eigenbedarfs an Erdöl im eigenen Lande gewinnen. Um einer allzu großen Abhängigkeit vom Ausland zu entgehen, ist deutscherseits Vorsorge getroffen worden, die Eigenerzeugung von Benzin und anderen Treibstoffen zu fördern. Trotz alledem ist die deutsche Mineralölhandelsbilanz stark passiv. 1934 belief sich der Saldo auf 116 Millionen. Der deutsche Anteil an der Welterdölerzeugung, die sich 1934 auf etwa 207 Millionen Tonnen belief, beträgt nur 0,12 Prozent. Hatte sich Deutschland kurz vor dem Krieg in die Reihe der großen Erdölmächte eingereiht, so machte der unglückselige Ausgang des Krieges diesen Bestrebungen ein jähes Ende und lenkte die Aufmerksamkeit mehr und mehr auf die inländischen Ölvorkommen hin.

Das neue deutsche Staatsbürgerrecht.

Einführung des Staatsbürgerbriefes — Sicherung der Volksgesundheit.

Reichsinnenminister Dr. Frick gewährte der Mitarbeiterin eines Berliner Blattes eine Unterredung, in der er interessante Angaben über die Reichsreform, das neue Staatsbürgerrecht und den öffentlichen Gesundheitsdienst machte.

Der Reichsinnenminister wies auf die bisher geleisteten Vorarbeiten zur Reichsreform hin und nannte dabei den Einbau aller preußischen Ministerien in die Reichsverwaltung, die täglich fortschreitende Vereinheitlichung der Verwaltungsarbeit, den Übergang der Justizverwaltung auf das Reich und die einheitliche Reichsgemeindeordnung. In Kürze soll auch ein einheitliches Beamtengesetz für das ganze Reich erlassen werden.

Die Reichsregierung plant ferner eine Neugestaltung des deutschen Staatsbürgerrechts. Das neue Staatsbürgerrecht wird einen schärferen Maßstab an jeden legen, der deutscher Staatsbürger ist oder werden will. Die deutsche Staatsbürgerschaft wird in Zukunft nicht mehr allein durch die Geburt, durch einen gewöhnlichen Verwaltungsakt oder gar durch Zahlung einer Geldsumme erworben werden können, wie dies früher der Fall war. Sie wird nach dem Willen des Führers das höchste Recht, und

der Staatsbürgerbrief

wird die wertvollste Urkunde sein, die ein Deutscher in seinem Leben erwerben kann. Die deutsche Staatsbürgerurkunde wird jedem Deutschen den Weg zu allen öffentlichen Ämtern in Partei und Staat öffnen, nur ihr Träger wird in den Kampfformationen der Bewegung und als Waffenträger der Nation in den Ehrendienst des Volkes und Reiches eintreten dürfen, und nur er allein wird das Wahl- und Abstimmungsrecht ausüben und dadurch mittel- oder unmittelbar an der Führung des Reiches teilnehmen können. Die deutsche Staatsbürgerschaft wird in einem feierlichen Akt und mit einer weihevollen Vereidigung auf die deutsche Volksgemeinschaft, das Deutsche Reich und seinen Führer verliehen und wird Unwürdigen oder Staatsfeinden abgesprochen werden.

Besonderes Augenmerk wird auf den

Schutz der Familie

gelegt. Nachdem durch das Gesetz vom 3. Juli 1934 der gesamte öffentliche Gesundheitsdienst des Deutschen Reiches umgestaltet worden ist, sind alle Voraussetzungen für die Gesundheitsämter geschaffen, damit sie die Erb- und Rassenpflege überwachen und die Bevölkerungspolitik leiten können. Die Bevölkerungspolitik wird nicht nur in Negativen, also in der Ausmerzung oder Verhütung erbkranken Nachwuchses, sondern ebenso sehr in der

Pflege, Beratung und Förderung erbgesunder deutscher Familien

bestehen. Diesen gesunden deutschen Familien muß eine Aufbesserung ihres Nahrungsspielraumes verschafft werden, damit sie in der Regel drei bis vier Kinder großziehen können.

Der Minister verwies darauf, daß gerade die Ausstellung „Wunder des Lebens" sehr deutlich die Richtung weise, in der sich die deutsche Gesundheitspflege und Rassenpolitik bewege. Die Aufgabe des Staates sei es, die Erkenntnis der Wissenschaft und die Ergebnisse der Forschung zum Wohle des Volkes auszuwerten. Der nationalsozialistische Staat habe nur eine Aufgabe und die heiße: „Die deutsche Nation groß und stark zu machen."

Juden dürfen die Reichsfahnen nicht hissen!

Die Hissung der Reichsfahnen durch jüdische Geschäfte und Privathäuser hat, wie das Deutsche Nachrichtenbüro mitteilt, wiederholt zu Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung geführt. Um derartige Zwischenfälle für die Zukunft zu vermeiden, hat der Reichsminister des Innern bestimmt: Die Hissung der Reichsfahnen, insbesondere der Hakenkreuzflagge, durch Juden hat zu unterbleiben. In Zweifelsfällen trifft die örtliche Polizei die erforderlichen Anordnungen.

Über 30000 Ehestandsdarlehen seit Jahresbeginn.

Wie der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Reinhardt, in der „Deutschen Steuerzeitung" mitteilt, sind seit Jahresbeginn schon über 30 000 Ehestandsdarlehen gewährt worden. Staatssekretär Reinhardt meint, daß der Mangel an Kleinwohnungen, der schon 1934 sehr groß gewesen sei, im Jahre 1935 noch größer werden würde und daß sehr bald der Begriff der allgemeinen „Wohnungsnot" gegeben sein werde, wenn nicht die Förderung des Kleinwohnungsbaues und der Kleinsiedlung wesentlich verstärkt werde und nicht auch private Mittel in größerem Umfange als bisher für diese Zwecke bereitgestellt würden. Ferner verweist er auf die Förderungsmöglichkeiten aus dem neuen Gesetz.

Der Weg des Rundfunks.

Reichssendeleiter Hadamovsky wendet sich gegen einseitige Kritik.

Reichssendeleiter Hadamovsky stattete der braunschweigischen Landeshauptstadt einen Besuch ab. Aus diesem Anlaß fand im „Hofjäger" ein braunschweigischer Abend statt, in dessen Mittelpunkt ein Vortrag des Reichssendeleiters stand. Hadamovsky stellte fest, daß der Rundfunk das erste Kulturinstrument Deutschlands gewesen sei, das dem jüdischen Einfluß völlig entzogen werden konnte. Heute, nach fast zweijähriger Aufbauarbeit im Rundfunk, komme plötzlich eine gewisse Sorte von Menschen und wolle vorschreiben, wie der Rundfunk politisch und kulturell geführt werden müßte. Morgens drei Stunden politische Reden, abends ebenfalls drei Stunden Politik, dazu das Horst-Wessel-Lied; so soll nach Ansicht dieser Leute der deutsche Arbeiter zum Nationalsozialismus „erzogen" werden. Das sei aber die beste Methode, um die deutschen Rundfunkhörer zu Hörern der ausländischen Sender zu machen und um die nationalsozialistische Aufbauarbeit im Rundfunk absolut zu sabotieren. Der Rundfunk habe vielmehr die Pflicht, dem deutschen Volksgenossen, wenn er von der Arbeit heimkehre, ein Höchstmaß an Freude und Glück zu bereiten.

Der Reichssendeleiter wandte sich dann scharf gegen den von solchen Kritikastern erhobenen Vorwurf der Kulturlosigkeit der Rundfunkprogramme. Weder mit leichter Unterhaltung allein noch lediglich mit Beethoven-Sinfonien könne man den Rundfunkhörer kulturell erziehen. Vielmehr hätte erst beides zusammen seine volle sittliche und moralische Berechtigung in der Erziehungsarbeit, die der deutsche Rundfunk zu leisten habe.

Der 1. Mai ist unser Feiertag — wir tragen seine Plakette!

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF